

Bellenberg, Gabriele

Aufwachsen in dieser Zeit. Die Familiensituation von Kindern und Jugendlichen

Die Deutsche Schule 87 (1995) 3, S. 313-326



Quellenangabe/ Reference:

Bellenberg, Gabriele: Aufwachsen in dieser Zeit. Die Familiensituation von Kindern und Jugendlichen - In: Die Deutsche Schule 87 (1995) 3, S. 313-326 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-310933 - DOI: 10.25656/01:31093

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-310933>

<https://doi.org/10.25656/01:31093>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

87. Jahrgang 1995 / Heft 3

Offensive Pädagogik

260

„Die Deutsche Schule“ hat von Anfang an regelmäßig zu aktuellen bildungspolitischen Problemen Stellung genommen; zuletzt hatte Heinrich Roth – kurz vor seinem Tod – dies unter der Rubrik „Offensive Pädagogik“ fortsetzen wollen. – An diese Tradition möchte die Schriftleitung anknüpfen und dort „Flagge zeigen“, wo es aus pädagogischer Verantwortung nötig ist – Anlässe dürfte es genug geben.

Peter Paulus

Die Gesundheitsfördernde Schule

262

Der innovativste Ansatz gesundheitsbezogener Interventionen in Schulen

Um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Lehrerinnen und Lehrern ist es nicht zum besten bestellt, ganz besonders dann nicht, wenn man den weiten Gesundheitsbegriff der WHO zugrunde legt. Im Netzwerk „Gesundheitsfördernde Schulen“ wird versucht, durch selbstgesteuerte Schulentwicklung bessere Lern- und Arbeitsbedingungen für alle in der Schule Tätigen zu schaffen.

Andreas Neye-Diercks und Angela Nitschkowski

Beteiligung statt Eile

282

Schritte auf dem Weg zu einer gesundheitsfördernden Schule

Gesundheitsförderung durch Schulentwicklung balanciert auf dem schmalen Grat zwischen Selbstausbeutung und Chance zur Erneuerung. Die Autoren schildern, mit welchen internen Strukturen und externen Hilfen sie versuchen, ihre Gesamtschule durch Organisationsentwicklung zu einer gesünderen Schule zu machen, ohne neuen Streß zu produzieren.

Frank Müller und Silke Sacksofsky

Gesundheitsförderung und Krebsprävention in der Schule

289

Die klassische Gesundheitserziehung verändert Kinder und Jugendliche nicht. Gesundheitsförderung in der Schule muß die psychosozialen Aspekte von Gesundheit und Wohlbefinden in den Vordergrund stellen. Die Autoren schildern zwei Unterrichtseinheiten, in denen Aspekte der Gesundheitsförderung in den Fachunterricht, hier Biologie und Religion, integriert wurden.

Mit dem Aufkommen der Krankheit AIDS rückte die Sexualerziehung wieder ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Damit verband sich die Hoffnung auf einen tabubrechenden Umgang mit dem Thema Sexualität und auch dem der Homosexualität. Eine Schulbuchanalyse zeigt jedoch Verunsicherung und Verschweigen.

Die Familiensituation von Kindern und Jugendlichen

Eine genauere Analyse der jüngsten Mikrozensusdaten macht deutlich, daß die meisten Kinder und Jugendlichen nach wie vor in Konstellationen aufwachsen, die in ihrer äußeren Form traditionell erscheinen mögen. Verändert haben sich allerdings die Bedingungen innerhalb der Familien, und zwar in einer Weise, die eine stärkere pädagogisch-psychologische Betreuung in öffentlichen Einrichtungen erforderlich machen.

Die Max-Brauer-Schule in Hamburg praktiziert seit mehr als zwei Jahren ein verändertes Modell einer gymnasialen Oberstufe. In ihr werden jeweils vier Kurse (zwei Leistungskurse und zwei Grundkurse) zu einem Profil gebündelt, in dem fächerübergreifend und projektorientiert zu einem Schwerpunkt gelernt werden kann. Der folgende Praxisbericht beschreibt die Grundideen und erste praktische Erfahrungen.

Über die Vergeblichkeit des Versuchs, einen ‚volkstümlichen‘ Bildungsgang zu modernisieren

Nachdem der Volks- bzw. Hauptschulabschluß über viele Jahre für die große Mehrheit der Jugendlichen eine gute Startchance zumindest für eine Tätigkeit als qualifizierter Facharbeiter geboten hatte, geriet die Hauptschule in eine Zwickmühle: Immer mehr Kinder eines Altersjahrgangs besuchen Schulen, die über das Niveau der Hauptschule hinausführen. Zugleich stiegen die Erwartungen der Abnehmer in Handwerk, Industrie, Handel und Verwaltung. Und die Bildungspolitik hat es versäumt, die Hauptschule aus dieser Misere herauszuholen. Leidtragende sind die Jugendlichen, deren Arbeitsmarktchancen rapide sinken.

Die Rosenmaarschule in Köln heute

In Heft 4/94 hatte Heinz Kumetat über die Gründung und Entwicklung der Kölner Schule „Am Rosenmaar“ berichtet. Was ist aus dieser Schule geworden? – In den altersgemischten Gruppen erleben die Schülerinnen und Schüler einen Unterricht, der „Weltorientierung“ eröffnet; die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern vermittelt wichtige Lebenserfahrungen.

In Thüringen sind die „Regelschulen“, die neben dem Gymnasium an die Grundschule anschließen, vor besondere Entwicklungsaufgaben gestellt. Am Beispiel dreier exemplarisch ausgewählter Schulen werden die unterschiedlichen Bedingungen verdeutlicht, unter denen diese Arbeit günstiger vonstatten geht bzw. (noch) mit größeren Problemen zu kämpfen hat.

Martin Negel

Lehrerbildung für integrative Pädagogik

378

In Heft 1/95 wurde die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher ausführlich theoretisch begründet und an einem Fallbeispiel anschaulich gemacht. In diesem Heft werden Folgerungen für eine entsprechende Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern erörtert. Es liegen auch bereits Erfahrungen vor.

Neuerscheinungen:

- Wolfgang Keim: Erziehung unter der Nazi-Diktatur (HGH)
- Joachim Peege: Pädagogikgeschichte in Museen (JöS)
- Meinert A. Meyer und Wilfried Plöger (Hg.): Allgemeine Didaktik, Fachdidaktik und Fachunterricht. (JöS)
- Theodor Sander und Wolf-Dieter Kohlberg (Hg.): Lehrerbildung in Europa – Europäische Lehrerbildung (Hubert Lohrenz)
- Theodor Sander und Wolf-Dieter Kohlberg (Hg.): Die Europäische Dimension in der Erziehung (Hubert Lohrenz)
- Yves Beernaert, Hans van Dijk und Theodor Sander: Die Europäische Dimension der Lehrerbildung (Hubert Lohrenz)
- Uwe Hoppenworth: Der Unterrichtsbesuch (JöS)
- Christian Rittelmeyer: Schulbauten positiv gestalten (JöS)
- Walter Kroner: Architektur für Kinder (JöS)
- Bernd Hackl: Forschung für die pädagogische Praxis (Jos Schnurer)
- Bernd Hackl: Projektunterricht in der Praxis (Jos Schnurer)
- Annegret Eickhorst: Unterricht als Gegenstand empirischer Forschung (BG)
- Maja Storch: Das Eltern-Kind-Verhältnis im Jugendalter (BG)
- Uwe Engel und Klaus Hurrelmann: Was Jugendliche wagen. (BG)
- Heidrun Bründel: Suizidgefährdete Jugendliche (BG)

Kaum eine neuere pädagogische Debatte um den Wandel von Kindheit und Jugend kommt ohne Schlagworte wie Einzelkinder, Scheidungswaisen und Medienkonsum aus, regelmäßig werden sozialisationsbedingte *Defizite dieser Kinder* beklagt. – Inwieweit hier Dichtung und Wahrheit beieinanderliegen, versucht der folgende Beitrag anhand einer Sonderauswertung des Mikrozensus von 1991 zu beleuchten. Dabei wird ein häufig diskutierter Aspekt – die Omnipräsenz von Medien – bewußt ausgeklammert. Vielmehr wird anhand ‚harten‘ Datenmaterials die aktuelle Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen beschrieben, indem zuerst auf den Familientypus und die Geschwisterkonstellation und anschließend auf die Erwerbstätigkeit der Eltern eingegangen wird. Eine Bestandsaufnahme für die Betreuung noch nicht schulpflichtiger Kinder schließt die Analyse. Am Ende wird versucht, die ermittelten Befunde in die aktuelle Diskussion um Schule einzuordnen.

Datenbasis der im folgenden zu referierenden Befunde zum Themenkomplex Familie und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen ist zunächst eine *Sonderauswertung des Mikrozensus von 1991*, die von der Arbeitsgruppe „Bildungsplanung / Bildungsforschung“ (Klaus Klemm) an der Universität Gesamthochschule Essen vorgenommen wurde. Der Mikrozensus ist eine Repräsentativerhebung auf der Grundlage einer 1%-Stichprobe, die jährlich erhoben wird. Die so ermittelten empirischen Befunde sollen unter dem Aspekt der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen ausgewertet werden, denn Aussagen über sich verändernde Kindheit erhalten nur dann Sinn, wenn sie auf der Grundlage nachweisbarer und quantitativ gewichtiger Veränderungen gemacht werden. Die Ergebnisse werden anhand ergänzender Quellen in die aktuelle Forschungsdiskussion eingeordnet.

1. Familienformen

Zunächst soll beschrieben werden, welche Bedingungen des Aufwachsens von Kindern durch die Familiensituation gegeben sind. Diese wird auf der einen Seite geprägt durch die Art der Elternbetreuung und zum anderen durch die Anzahl der Geschwister. Als Kinder werden dabei solche definiert, die zwischen 0 und 18 Jahren alt sind. Die folgende Tabelle gibt die Situation im Jahre 1991 wieder:

Tabelle 1: Kinder unter 18 Jahren in Familien im Jahr 1991; in 1000 bzw. %; Auswertung des Mikrozensus

	Kinder unter 18 Jahren	Kinder in vollständigen Familien		Kinder Alleinerziehender		Kinder alleinerziehender Mütter	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Deutschland insgesamt	14.850	13.326	89,7	1.524	10,3	1359	9,2
Neue Bundesländer	3.379	2.948	87,2	432	12,8	402	11,9
Alte Bundesländer	11.471	10.378	90,5	1.093	9,5	957	8,3
Baden-Württemberg	1.875	1.714	91,4	160	8,5	143	7,6
Bayern	2.165	1.983	91,6	182	8,4	162	7,5
Berlin-West	329	270	82,1	59	17,9	53	16,1
Hamburg	241	200	83,0	41	17,0	35	14,5
Nordrhein-Westfalen	3.085	2.800	90,8	285	9,2	247	8,0
über 500 000 Einwohner	1962	1649	84,0	312	15,9	285	14,5
unter 50 000 Einwohner	9.389	8.612	91,7	777	8,3	683	7,3

1.1 Die „Normalfamilie“

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, wuchsen im Jahr 1991 in der Bundesrepublik fast 15 Millionen Kinder auf, davon immerhin knapp 90% in sogenannten vollständigen Familien, also solchen, in denen zwei Erwachsene die Erziehungsaufgaben wahrnehmen. Dabei ist zu bedenken, daß der Mikrozensus als vollständige Familie definiert, wenn zwei erwachsene und verheiratete Menschen ein Kind betreuen, das nicht das leibliche sein muß. Das heißt, daß in dieser Statistik weder Lebensgemeinschaften mit Kindern berücksichtigt werden, die nicht durch eine Ehe legitimiert sind, noch solche, bei denen die Ehepartner nach ihrer Trennung an verschiedenen Orten leben oder geschieden sind. Trotz dieser Einschränkungen belegen die Zahlen, daß noch immer für die überwiegende Mehrheit der Kinder das Aufwachsen bei Vater und Mutter die normale Erfahrung ist.

Im früheren Bundesgebiet wuchsen nur geringfügig mehr Kinder in vollständigen Familien auf als in den neuen Bundesländern. Nimmt man für die alten Bundesländer eine separate Auswertung vor, zeigt sich keineswegs ein homogenes Bild: In Tabelle 1 sind stellvertretend für die Stadtstaaten die

Bundesländer Berlin-West und Hamburg, für die Flächenstaaten Bayern, Baden-Württemberg und NRW aufgeführt. Während im westlichen Teil Berlins und in Hamburg nur 82,1% bzw. 83% der Kinder in vollständigen Familien aufwachsen, gilt dies in Bayern und Baden-Württemberg für 91,6% bzw. 91,4%.

Differenziert nach Gemeindegrößen bestätigt die Sonderauswertung des Mikrozensus diese Ergebnisse, denn in Großstädten mit über 500 000 Einwohnern – beispielhaft hierfür die Stadtstaaten – wachsen deutlich weniger Kinder bei zwei Elternteilen auf als in eher ländlichen Gebieten mit Gemeinden unter 50 000 Einwohnern, die in den Flächenstaaten überrepräsentiert sind. Dieses Ergebnis unterstreicht die Thesen Naucks, der feststellt, daß die Zugehörigkeit zu kleinräumigen Regionen – also Strukturen, wie sie zum Beispiel in Bayern zu finden sind – entscheidend dafür ist, in welchem Ausmaß abweichende Kindschaftsverhältnisse realisiert werden (vgl. Nauck 1993, S. 965).

1.2 Die Ein-Eltern-Familie

Betrachtet man nun die gut 1,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren in Deutschland, die nicht bei zwei Elternteilen aufwachsen, sondern bei einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater, beziffert sich dieser Prozentsatz auf gut 10%. Im Bundesdurchschnitt dominieren dabei die alleinerziehenden Mütter deutlich gegenüber den Vätern mit 9,2% gegenüber 1,1%, somit deutet sich auch bei den Ein-Eltern-Familien eine weitgehend ungebrochene weibliche Zuständigkeit für das Kind an. In Großstädten wachsen mehr Kinder bei einem alleinerziehenden Elternteil auf als in eher ländlich strukturierten Gebieten.

Bei differenzierterer Betrachtung stellt sich die Gruppe der Alleinerziehenden weniger homogen dar, als die Daten vermuten lassen. Dies betrifft zunächst die Ursachen für das Entstehen von Ein-Eltern-Familien, wozu allerdings der Mikrozensus allein nicht mehr trägt, so daß auf andere Quellen zurückgegriffen werden muß: Für das Jahr 1989 ermittelte Rosemarie Nave-Herz anhand einer Fragebogenuntersuchung geschiedene Frauen als größte Gruppe innerhalb der alleinerziehenden Mütter, gefolgt von den ledigen Müttern, während der Anteil verwitweter Frauen mit Kindern gegenüber 1980 stark zurückgegangen ist (vgl. Nave-Herz 1992, S. 14). Nach einer Phase in der „Normalfamilie“ entscheiden sich vielfach Frauen heute bewußt dazu, ihre Partnerschaft aufzukündigen; Ein-Eltern-Familien entstehen somit zumeist aus der Auflösung einer anderen Familienform.

Bezüglich der Dauer des Alleinerziehens stellt Erika Neubauer fest, daß diese Familiensituation temporär beschränkt ist, nämlich zumeist nur auf eine Dauer von fünf bis sechs Jahren, weil die Mütter bzw. Väter dann eine neue Partnerschaft in Form einer Ehe oder einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft eingehen (vgl. Neubauer 1994, S. 70). Während dieser zumeist befristeten Zeit des Alleinerziehens muß der Vater oder die Mutter alle Erziehungsaufgaben alleine bewältigen und ebenso alleine für die Einkommenssicherung sorgen, was sich um so schwieriger gestaltet, je jünger das zu betreuende Kind ist.

Spätestens an dieser Stelle ist es notwendig, alleinerziehende Väter und Mütter getrennt zu betrachten, denn ihre wirtschaftliche Situation unterscheidet sich beträchtlich. Wenden wir uns zunächst den alleinerziehenden Müttern zu. Sie sind als Frau der Diskriminierung weiblicher Erwerbstätigkeit am Arbeitsmarkt ausgesetzt, welcher noch am Modell der „Normalfamilie“ ausgerichtet ist, so daß die soziale Organisation von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit für diese Mütter nur schwer zu bewältigen ist. Häufig müssen sie zudem wegen der Geburt des Kindes die Ausbildung abbrechen oder den Beruf aufgeben (vgl. Neubauer 1994, S. 16). Alleinerziehende Mütter weisen eine höhere Erwerbstätigenquote auf als verheiratete Frauen, was einerseits die Bereitschaft zur selbständigen Einkommenssicherung signalisiert, auf der anderen Seite aber ein Hinweis auf ihre wirtschaftlich schlechte Lage ist. Aufgrund der Notwendigkeit, ihr Kind oder ihre Kinder allein zu betreuen, sind solche Frauen häufig gezwungen, Teilzeitarbeit zu verrichten. Neben der eigenen Erwerbsarbeit stellt der Unterhalt für das Kind eine weitere Einkommensquelle dar; dieser Betrag aber, darauf weist Neubauer hin, reicht häufig selbst bei regelmäßiger Zahlung nicht aus, um den Lebensstandard der Familie zu gewährleisten (vgl. Neubauer 1994, S. 16).

Während verwitwete Mütter aufgrund der Pension oder Rente ihres verstorbenen Ehegatten und des Waisengeldes für die Kinder wirtschaftlich zumeist abgesichert erscheinen, reichen bei den übrigen alleinerziehenden Frauen trotz des Zusammenkommens verschiedener Einkommensarten die Einkünfte nicht aus, so daß viele ganz oder teilweise auf Sozialleistungen angewiesen sind. So bleiben rund ein Drittel der alleinerziehenden Mütter in Deutschland unter der Sozialhilfeschwelle, selbst dann, wenn die Einkünfte der Kinder zum Familieneinkommen hinzugezählt werden. „Mutterschaft droht hier zum Armutsrisiko für Frauen zu werden“ (Pieper 1995, S. 150). Mit höherer Kinderzahl steigt der Anteil von Ein-Eltern-Familien mit niedrigem Einkommen sogar noch an (vgl. Neubauer 1988, S. 113).

Anders stellt sich die Lage der alleinerziehenden Väter dar, die im bundesrepublikanischen Durchschnitt nur eine marginale Gruppe innerhalb der Alleinerziehenden ausmachen: Sie verfügen über ein höheres Einkommen und eine bessere Ausbildung und können dadurch – zum Beispiel durch die Finanzierung von Hausangestellten – mehr Entlastung bei der Kinderbetreuung schaffen. Nur eine kleine Gruppe alleinerziehender Väter lebt in Armut und Isolierung: Nach Schwarz müssen in den neuen Bundesländern bedeutend mehr alleinerziehende Väter mit einem Einkommen unterhalb der Sozialhilfegrenze auskommen als im alten Bundesgebiet (vgl. Schwarz 1993/94, S. 87).

2. Familiengrößen

In der öffentlichen Diskussion wird als eine wesentliche Veränderung der Kindheit herausgestellt, daß immer mehr Kinder als Einzelkinder aufwachsen und daß dies erhebliche Auswirkungen auf das Verhalten der Heranwachsenden habe. Hierzu sollen zunächst die verfügbaren Daten näher betrachtet werden.

2.1 Familien, in denen ein Einzelkind aufwächst

Über das Phänomen des Einzelkindes wird in den Medien viel diskutiert. Dabei werden Vorurteile aufgegriffen und politisch nutzbar gemacht – sei es, um die zunehmende Gewalt an bundesrepublikanischen Schulen zu erklären oder um die europaweite Einführung eines sozialen Pflichtjahres zu legitimieren, durch welches Sozialisationsmängel aufgrund fehlender emotionaler Bindungen ausgeglichen werden sollen (vgl. von Donat 1994).

Das Einzelkind wird für viele gesellschaftliche Mißstände verantwortlich gemacht, wobei zu hinterfragen ist, ob diese Interpretation empirisch quantitativ wie qualitativ tragfähig ist. Bezüglich der Verbreitung von Einzelkindern taucht immer wieder der Anteil von 50% auf, so schreibt z. B. dpadienst für Kulturpolitik am 10. 1. 94: „Mehr als die Hälfte aller Kinder in der Bundesrepublik wächst ohne Geschwister auf“ (S. 20). Auch Klaus Hurrelmann kann an dieser Stelle zitiert werden, der in einer Veröffentlichung von 1993 feststellt: „Über die Hälfte der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland sind Einzelkinder“ (1993, S. 16). Dieser Interpretationsfehler läßt sich an einem einfachen Beispiel verdeutlichen: Wenn von 100 Familien die eine Hälfte ein Kind und die andere zwei Kinder hat, dann wachsen zwar in 50 % der Familien Einzelkinder auf, aber auf die Gesamtzahl der Kinder (nämlich 150) bezogen beträgt der Anteil der Einzelkinder nur ein Drittel.

Um hier mehr Klarheit zu schaffen, wird anhand der Auswertung des Mikrozensus von 1991 das tatsächliche *quantitative Ausmaß der Verbreitung von Einzelkindern* überprüft. Erst dies liefert eine Grundlage für pädagogische Schlußfolgerungen. Betrachtet man alle 22,39 Millionen Kinder – an dieser Stelle sind auch Kinder über 18 Jahren, die noch in ihrer Herkunftsfamilie wohnen, mitgemeint – die 1991 in der Bundesrepublik in Familien leben, wachsen davon im Durchschnitt 31,3% ohne Geschwister auf. Selbst dieser Anteil liegt deutlich unter dem Wert von 50%, der hartnäckig in der Öffentlichkeit vertreten wird. Dieses Ergebnis erweist sich allerdings als noch immer zu hoch, wenn man bedenkt, daß vom Mikrozensus auch solche Kinder als Einzelkinder erfaßt werden, die ein oder mehrere Geschwisterkinder über 18 Jahren haben, die bereits außer Haus wohnen; auch läßt sich an diesem Anteil nicht ablesen, welches der Einzelkinder demnächst noch ein Geschwisterkind bekommen wird.

Dieses Problem läßt sich nicht vollständig lösen. Um gleichwohl wenigstens näherungsweise den Anteil der dauerhaft ohne Geschwister aufwachsenden Kinder zu quantifizieren, wird die Alterskohorte der Mütter zwischen 35 und 40 Jahren betrachtet. Da nur wenige Mütter dieser Altersgruppe über 18jährige Kinder, die außer Haus leben, haben werden, ist die überwiegende Zahl der in dieser Gruppe als Einzelkind ausgewiesenen Kinder bis zum Stichtag auch als Einzelkind aufgewachsen. Da nur wenige dieser Mütter weitere Kinder bekommen werden, wird sich auch die Anzahl der Einzelkinder allenfalls geringfügig verändern. Wenn man diesen Näherungsweg geht, dann wachsen im bundesrepublikanischen Durchschnitt nur gut 18 % aller Kinder in Familien auf, in denen kein weiteres Kind vorhanden ist; dies

bedeutet, daß in der Bundesrepublik nur jedes fünfte Kind ohne Geschwister aufwächst (vgl. Abb. 1). Durch diesen Befund relativieren sich schon rein quantitativ Schlußfolgerungen, daß Kontaktarmut und unzureichende Sozialisation ihre Ursache in der Geschwisterlosigkeit hätten.

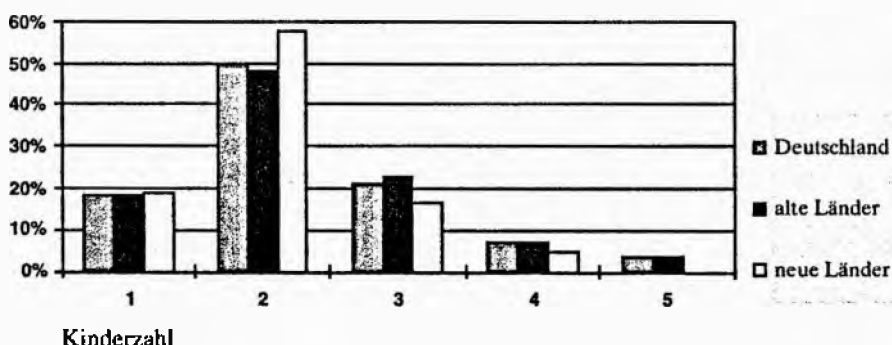
Es bleibt noch die These zu überprüfen, ob das Aufwachsen ohne Geschwister einen entscheidenden *Einfluß auf die Sozialisation von Kindern* hat. Bezüglich dieser qualitativen Betrachtung des Aufwachsens von Einzelkindern läßt sich zunächst recht trivial festhalten, daß geschwisterloses Aufwachsen zu Sozialisationsmängeln führen kann, aber keineswegs zwangsweise dazu führt, oder mit Thomas von Kürthey formuliert: „Pädagogisch verlässliche, allgemeingültige Aussagen über die Folgen der Geschwisterkonstellation sind schwer zu treffen“ (von Kürthey 1988, S. 13). Mit diesem Satz ist auch die eher dürftige Forschungslage in diesem Bereich zusammenzufassen.

Nach von Kürthey drohen Einzelkinder nur dann kontaktscheu, vereinsamt und elternbezogen zu werden, wenn die *Grenze der Familie* zu eng gezogen wird, indem zum Beispiel der außerfamiliäre Kontakt fehlt. Ansonsten sieht er die Schwierigkeiten eines Einzelkindes genauso in der Mehr-Kind-Familie gegeben, nur auf mehrere Kinder verteilt (vgl. von Kürthey 1988, S. 73). Auch Rainer Winkel weist der Art der Erziehung – und davon abhängig den angebotenen oder ausgebliebenen Erziehungs- und Bildungschancen – mehr Bedeutung zu als den Bedingungen des Aufwachsens (vgl. Winkel 1991, S. 19 f.). Weitere Literatur, die sich eher populärwissenschaftlich und als Ratgeber fungierend – was schon die programmatischen Titel verdeutlichen – mit der Einzelkindthematik beschäftigt, bietet außer dem Infragestellen der Vorurteile gegenüber Einzelkindern kaum neue Erkenntnisse (vgl. hierzu Rollin 1990 sowie Vutz 1991).

2.2 Familien mit mehr als einem Kind

Bei Kindern, die mit Geschwistern aufwachsen, zeigt die Auswertung des Mikrozensus für das Jahr 1991 ebenfalls *eindeutige Ergebnisse*: Verengt man dabei den Blick aus bereits erläuterten Gründen auf die Alterskohorte der Mütter zwischen 35 und 40 Jahren, zeigt sich, daß über 50% aller Kinder in

Abbildung 1: Prozentualer Anteil von Kindern bei Müttern im Alter zwischen 35 und 40 Jahren im Jahr 1991 (Auswertung des Mikrozensus)



der gesamten Bundesrepublik mit einem Geschwisterkind gemeinsam aufwachsen (vgl. Abbildung 1). Danach folgen die Familien mit drei Kindern und mit nur geringem Abstand die Familien mit einem Kind. Hingegen tritt die Familie, in der vier oder mehr Kinder aufwachsen, nur zu guten 7% auf. Vergleicht man diese Situation in den alten und neuen Bundesländern, zeigen sich nur geringfügige Unterschiede, wie Abbildung 1 wiedergibt.

3. Erwerbstätigkeit der Eltern

Die Erwerbstätigkeit der Eltern hat bedeutsamen Einfluß auf die Betreuung von Kindern, und von ihrem Ausmaß und Umfang ist der Bedarf an öffentlicher und privater Unterstützung abhängig. Dabei ist zu beachten, daß das im folgenden zu skizzierende Bild zwar die Realität abbildet und aufgrund dessen Aussagen über den daraus resultierenden Bedarf an öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen gemacht werden können – hingegen wird aber nicht abgebildet, wie viele Eltern – und hierbei ganz speziell Mütter – auf eine Erwerbsarbeit verzichten, da sie ihre Kinder sonst nicht versorgen und betreuen können.

3.1 Erwerbstätige Mütter und alleinerziehende, erwerbstätige Väter

Im Jahr 1991 wuchsen durchschnittlich von den bis zu achtzehnjährigen Kindern *knapp 55% bei erwerbstätigen Müttern oder alleinerziehenden und erwerbstätigen Vätern* auf. Für diese Kinder ist damit die Betreuung – etwa das Hinbringen zur und das Abholen von der Schule durch einen Elternteil – nicht ohne weiteres gewährleistet. Dieser Befund verdeckt *regionalspezifische eminente Differenzen*: Während in den fünf neuen Bundesländern mit knapp 83% der überwiegende Teil der Kinder unter 18 Jahren von der erwerbsbedingten Abwesenheit der Mutter oder des alleinerziehenden Vaters betroffen war, waren es im alten Bundesgebiet nur gute 48%. Dieser im Vergleich recht niedrige Anteil liegt aber noch immer um 7,5 Prozentpunkte deutlich über dem Anteil von 1987, was vor allem auf die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen auch in den alten Bundesländern zurückzuführen ist. Dies bestätigt die Entwicklung der Frauenerwerbsquote – welche den prozentualen Anteil von erwerbstätigen Frauen an den jeweiligen weiblichen Jahrgangsgruppenbesetzungen angibt – die seit Mitte der siebziger Jahre trotz ungünstiger Arbeitsmarktlage und zunehmender Arbeitslosigkeit gestiegen ist; allein in den Jahren von 1988 bis 1992 stieg sie von 55% auf 59,5%.

In den *neuen Bundesländern* hingegen war aufgrund des drastischen Arbeitsplätzeabbaus im neuen Teil der BRD mit einer deutlicheren Angleichung der dortigen Frauenerwerbsquote an die westdeutsche zu rechnen, als sich tatsächlich abzeichnet: Zwar ist die Frauenerwerbsquote im östlichen Teil zwischen 1991 und 1993 gesunken, das Sockelniveau vor allem der Frauen zwischen 25 und 55 Jahren liegt aber noch immer mit über 90% weit über dem in Westdeutschland. Nicht nur dem Niveau, sondern auch dem Verlauf nach bleiben Differenzen zwischen der östlichen und westlichen altersspezifischen Frauenerwerbsquote erhalten: Während für den westlichen Teil die Kurve einen typischen M-förmigen Verlauf aufweist mit einem Absinken bei den 30- bis 35jährigen Frauen aufgrund von Heirat oder

Kinderbetreuung und einem darauffolgenden Wiedereinstieg in den Beruf, verläuft die Kurve für den östlichen Teil glockenförmig, d. h., die Frauen dort unterbrechen auch 1993 ihre Erwerbstätigkeit nicht aufgrund der Geburt von Kindern (vgl. „Wirtschaft und Statistik“ 1994, S. 520-521). Da in der Frauenerwerbsquote auch diejenigen Frauen enthalten sind, die arbeitslos gemeldet sind, ist kein Rückschluß auf das tatsächliche Ausmaß von weiblicher Erwerbsarbeit möglich, aber es bleibt anzunehmen, daß Frauen erheblich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Männer.

An dieser Stelle sei noch auf ein auffälliges Spezifikum der *Frauenerwerbsquote in den alten Bundesländern* hingewiesen: Bei der jahrgangsspezifischen Differenzierung zeigt sich für die Frauen im Alter zwischen 35 und 45 Jahren ein seit etwa 1990 verstärktes Wiedereinstiegsbestreben nach der Geburt von Kindern. Für zunehmend weniger Frauen ist die Mutterschaft die endgültige Absage an die Berufstätigkeit.

Interessant ist, daß in *Nordrhein-Westfalen* nur 39,3 % aller Kinder bis zu 18 Jahren bei einer erwerbstätigen Mutter oder einem erwerbstätigen und allein-erziehenden Vater aufwachsen, während es in *Bayern* mit knapp 59% deutlich mehr sind. Eine mögliche Erklärung für diesen Befund ist die stärkere Frauenerwerbsquote in Bayern, die beeinflusst ist durch das Dienstleistungs- und Ballungszentrum München, wo das Angebot an Arbeitsplätzen für Frauen inklusive Teilzeitarbeitsplätzen gut ausgeprägt ist. Zusätzlich verweisen Stefan Bender und Franzisca Hirschenauer darauf, daß Bayern auch in den gering- bis mittelverdichteten Regionen Frauenerwerbsquoten aufweist, die zu den höchsten im ganzen Bundesgebiet zählen, während für fast alle der hoch verdichteten Arbeitsmarktreionen Nordrhein-Westfalens unterdurchschnittliche bis maximal durchschnittliche Frauenerwerbsquoten feststellbar sind (vgl. Bender/Hirschenauer 1993, S. 296). Als Ursache für diesen Befund bleibt zu vermuten, daß in den gering verdichteten Regionen Bayerns Frauen häufig in der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr tätig sind, während in Nordrhein-Westfalen, wo ein hoher Anteil von Arbeiterfamilien lebt, noch das Modell der Hausfrauenehe durchsetzungsstark ist, auch weil die Montanindustrie kaum Frauenarbeitsplätze bietet.

3.2 Erwerbstätigkeit der Mütter

Tabelle 2: Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern 1991; in 1000 bzw. % (Auswertung des Mikrozensus)

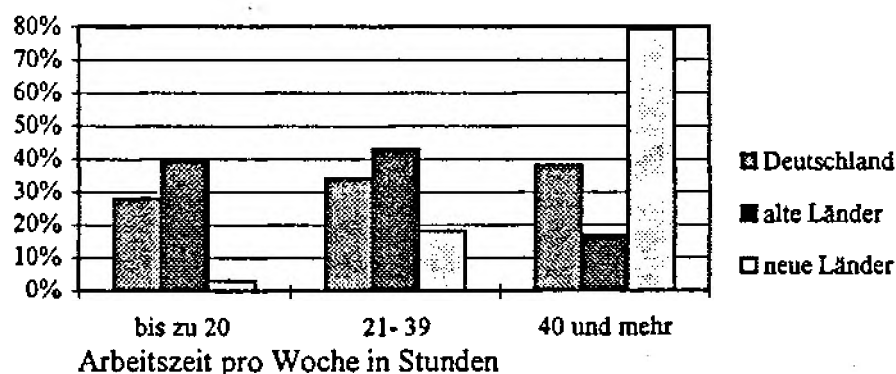
	Mütter insgesamt	erwerbstätige Mütter absolut	in %	davon mit regelmäßiger Vollzeittätigkeit absolut	in %
Deutschland insgesamt	15.339	8.412	54,8	4.599	56,8
Neue Bundes- länder	3.628	2.923	80,6	2.387	82,3
Alte Bundes- länder	11.711	5.489	46,9	2.212	42,6

Im folgenden wird der Blick ausschließlich auf die *Mütter mit Kindern unter 18 Jahren* gerichtet, um den *Umfang der Erwerbstätigkeit* dieser Gruppe von Frauen differenziert zu betrachten: Insgesamt sind in den neuen Bundesländern 1991 knapp 81% aller Mütter berufstätig, in den alten Ländern hingegen nur knapp 47%. Nur aufgrund dieser prozentualen Anteile allein lassen sich allerdings kaum triftige Aussagen über die Betreuungssituation der Kinder machen, dazu muß noch die Häufigkeit und der Umfang der Erwerbsarbeit ermittelt werden. Innerhalb dieser Gruppe erwerbstätiger Mütter gehen im Bundesdurchschnitt mit guten 96% fast alle einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nach.

Differenzen zeigen sich beim *Anteil der Teilzeitarbeit* dieser regelmäßig erwerbstätigen Mütter: Während im östlichen Teil Deutschlands nur knapp 18% dieser Mütter Teilzeitarbeit verrichtet, sind es in den alten Bundesländern gute 57%; auf der anderen Seite bedeutet dies, daß gerade im östlichen Teil Deutschlands mit 82% fast alle regelmäßig erwerbstätigen Mütter vollzeitbeschäftigt sind, im westlichen Teil hingegen nur 43% (vgl. Tabelle 2). Die mit knappen 4% marginale Gruppe von gelegentlich erwerbstätigen Mütter ist fast ausschließlich im alten Bundesgebiet anzutreffen und verrichtet ihre Erwerbsarbeit überwiegend als Teilzeitarbeit.

Betrachtet man nun in einem nächsten Schritt noch den *Umfang der Erwerbstätigkeit* von Müttern, wird das oben umrissene Bild noch klarer: Im östlichen Teil Deutschlands arbeiten knapp 79% aller Mütter 40 Stunden und mehr pro Woche, immerhin noch gute 18% zwischen 21 und 39 Stunden und nur 3% geben an, bis zu 20 Stunden pro Woche erwerbstätig zu sein. Im früheren Bundesgebiet fällt das Bild entsprechend mit umgekehrten Vorzeichen aus, nur 17% der erwerbstätigen Mütter geben eine Arbeitszeitbelastung mit 40 Stunden pro Woche oder mehr an, knapp 43% arbeiten 21 bis 39 Stunden pro Woche und über 40% geben an, nur bis zu 20 Stunden pro Woche außerhalb der Erwerbstätigkeit zu sein. Die unterschiedliche Arbeitszeitbelastung von Müttern in den alten und neuen Bundesländern verdeutlicht Abbildung 2:

Abbildung 2: Umfang der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern im Alter bis zu 18 Jahren im Jahr 1991 (Auswertung des Mikrozensus)



Insgesamt bleibt für erwerbstätige Mütter – und damit zugleich für die Versorgung und Betreuung ihrer Kinder – festzuhalten, daß diese Mütter überwiegend regelmäßig erwerbstätig sind. Somit ist ein entsprechender Bedarf an außerfamiliärer Kinderversorgung vorhanden.

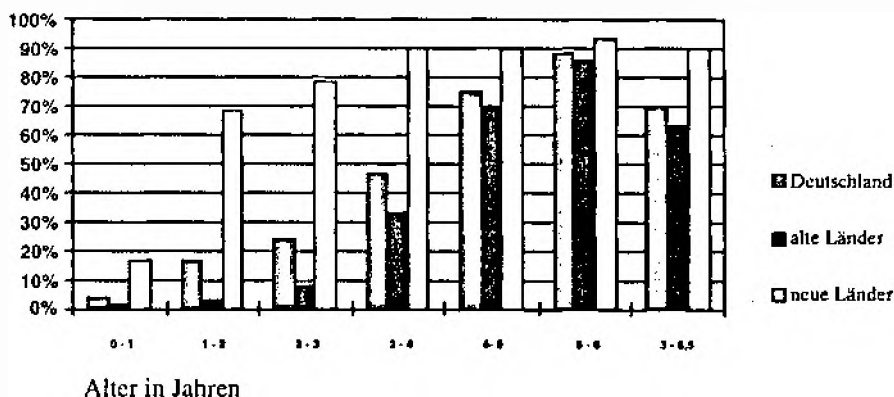
Gleichzeitig muß für die Zukunft mit weiterhin *steigender weiblicher Erwerbsbeteiligung* gerechnet werden, was Klaus Klemm durch den Nachweis belegt, daß sich die Frauenerwerbsquote parallel zur Qualifikationsstruktur entwickelt, die durch eine allgemeine Steigerung des Bildungsniveaus aufgrund der Bildungsexpansion gekennzeichnet ist (vgl. Klemm 1990, S. 53).

3.3 Betreuung in Kindergarten und Kinderhort

Im folgenden wird eine *Bestandsaufnahme der Versorgung mit Kindergarten- und -hortplätzen* in der BRD vorgenommen, um Aussagen über den Bereich der öffentlichen Betreuung von Kleinkindern machen zu können: Von den 3,03 Millionen Kindern im Alter zwischen drei und sechseinhalb Jahren besuchten 1991 in der gesamten BRD 2,1 Millionen Kinder – das entspricht einem Anteil von fast 70% – einen Kindergarten oder Kinderhort. Üblicherweise werden in der Literatur nur die drei- bis unter sechsjährigen Kinder beziffert, was aber die Besuchsquote beschönigt, denn viele Kinder im Alter von über sechs Jahren verbleiben bis zum Beginn der Schulzeit im Kindergarten. Auch hier zeigt wieder die getrennte Betrachtung der alten und neuen Bundesländer abweichende Ergebnisse: In den alten Bundesländern besuchten 1991 nur 63% der Kinder zwischen drei und sechseinhalb Jahren einen Kindergarten oder -hort, in den neuen Ländern liegt der entsprechende Anteil bei fast 90%. Interessant sind die Quoten in den einzelnen Bundesländern der alten Republik, die zeigen, daß die Chancen, einen Kindergartenplatz zu erhalten, regional äußerst unterschiedlich verteilt sind: Während in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz knapp bzw. gut 73% der Kinder zwischen drei und sechseinhalb Jahren einen Platz in einer solchen Kinderbetreuungseinrichtung wahrnahmen, waren es in Nordrhein-Westfalen nur 57%. Aufgrund nicht vorhandener finanzieller, personaler und baulicher Ressourcen wird an diesem Mangel wohl auch der ab 1996 geltende Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in absehbarer Zeit nichts ändern.

Aufschlußreich ist die *Abhängigkeit des Besuchs* solcher Einrichtungen vom *Alter des Kindes*: Von den bis zu einjährigen Kindern wurden im alten Bundesgebiet marginale 0,8% in einer öffentlichen Einrichtung betreut, in den neuen Bundesländern hingegen 16,4%. Mit zunehmendem Alter des Kindes steigt die Besuchsquote in beiden Teilen Deutschlands. Bei den Kindern im Alter von einem bis zwei Jahren betrug sie im westlichen Teil unter 3%, im östlichen knapp 68%, von den Drei- bis Vierjährigen sind es 33% bzw. knapp 90%, bis zum Alter zwischen fünf und sechs Jahren steigt sie dann auf den Höchstwert von 87,5% bzw. knapp 94%, so daß in dieser Altersgruppe die Werte in beiden Teilen Deutschlands am dichtesten beieinander liegen. Diesen Zusammenhang verdeutlicht Abbildung 3:

Abbildung 3: Kindergarten und -hortbesuch nach dem Alter des Kindes im Jahr 1991; in % (Auswertung des Mikrozensus)



Besonders für den Bereich der Kleinkindbetreuung zeigen diese Ergebnisse deutlichen *Ausweitungsbedarf*. Klaus Hurrelmann stellt fest, daß in Deutschland die Tagesbetreuung der unter Dreijährigen als spezifische Form von „Sozialhilfe für schwache Familien“ klassifiziert wird (vgl. 1993, S. 17).

3.4 Familieneinkommen, Kinderzahl und Besuch von Kindergarten bzw. Kinderhort

Schließlich soll der Frage nachgegangen werden, ob der Besuch des Kindergartens bzw. des Hortes mit dem Familieneinkommen und der Anzahl der Kinder in Zusammenhang steht:

Tabelle 3: Kindergartenbesuch der 5- bis unter 6jährigen Kinder im früheren Bundesgebiet im Jahr 1991; in %; Auswertung des Mikrozensus:

	Alleinerziehende 1 bis 2 Kinder monatliches Einkommen:		Verheiratete 1 bis 2 Kinder monatliches Einkommen:		Verheiratete 3 oder mehr Kinder monatliches Einkommen:	
	mehr als 2500 DM	bis zu 2500 DM	mehr als 2500 DM	bis zu 2500 DM	mehr als 2500 DM	bis zu 2500 DM
Kinder- garten- besuch in %	85,7	80	85,6	78,2	82,1	65,2

Nimmt man beispielhaft die Gruppe der fünf- bis sechsjährigen Kinder heraus, bei denen die Besuchsquote am größten ist, ergibt sich, daß die Wahrscheinlichkeit eines Kindergarten- oder Kinderhortbesuchs mit einem niedrigem Familieneinkommen absinkt, wobei sich dieser Trend mit steigender Kinderzahl noch verstärkt.

Im *früheren Bundesgebiet* besuchten die Kinder von Alleinerziehenden, die über ein monatliches Einkommen von 2 500 DM oder mehr verfügen und ein bis zwei Kinder aufziehen, zu 85,7% einen Kindergarten, von denen mit

einem Einkommen von bis zu 2 500 DM hingegen nur 80% (vgl. Tabelle 3). Auch bei den Verheirateten zeigt sich, daß die Wahrscheinlichkeit der Betreuung des Kindes mit einem hohen Einkommen ansteigt: Von den Kindern Verheirateter mit 2 500 DM oder mehr monatlich und nur ein bis zwei Kindern besuchten 85,6% einen Kindergarten und 82,1% derjenigen mit drei und mehr Kindern. Hingegen sind es bei den Verheirateten mit ein bis zwei Kindern und einem Einkommen unter 2 500 DM nur noch 78,2%, was einer rein einkommensabhängigen Differenz von 7,4% entspricht; bei den Verheirateten mit drei oder mehr Kindern besuchten in dieser Einkommensklasse nur noch 65,2% der Kinder einen Kindergarten, die einkommensabhängige Differenz beträgt somit deutliche 16,9%.

Ablesen lassen sich an solchen Zahlen vor allem *Kompensationsstrategien*: Kinderreiche Familien der unteren Einkommensklassen können es sich schwerer leisten, die Kinder außerhalb der Familie betreuen zu lassen, und versorgen ihre Kinder deshalb ohne Hilfe. Mütter und Väter hingegen, die auf sich allein gestellt sind, verfügen auch bei einem niedrigen Einkommen kaum über Alternativen zu außerfamiliärer Kinderbetreuung.

In den fünf neuen Bundesländern ist der Zusammenhang zwischen Kindergarten- bzw. Kinderhortbesuch und dem Familieneinkommen deutlich geringer ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet; auch bei einem niedrigen Einkommen ist es üblich, die Kinder in öffentlichen Einrichtungen betreuen zu lassen.

4. Zusammenfassung und Diskussion

Anhand einer Sonderuntersuchung der Mikrozensusergebnisse von 1991 und weiterer Quellen konnte festgestellt werden, daß noch immer die meisten Kinder bis zum Alter von 18 Jahren in einer Familie aufwachsen, in der zwei Erwachsene die Erziehungsaufgaben teilen können. Die Zahl der Kinder, die bei Alleinerziehenden aufwächst, beläuft sich im Jahr 1991 auf 10%; diese Gruppe besteht fast ausschließlich aus alleinerziehenden Frauen, die sich zumeist in einer wirtschaftlich schlechten Lage befinden. 56% aller Kinder in der Bundesrepublik wachsen bei einer erwerbstätigen Mutter oder einem alleinerziehenden, erwerbstätigen Vater auf, so daß für diese Kinder allein durch die Familie die notwendige Betreuung nicht gewährleistet ist, dieser Befund galt 1991 in den neuen Bundesländern sogar für knapp 83% der Kinder. Während für dieses Gebiet im Jahr 1991 festgestellt wurde, daß über 80% aller Mütter berufstätig sind und davon wiederum die meisten vollzeitberuflich, sind es in den alten Bundesländern nur knapp 47%, von denen annähernd die Hälfte Teilzeitarbeit leistet, also entsprechend mehr Zeit für ihre Kinder hat.

Für die *Familiengröße* konnte festgestellt werden, daß die Familie, in der zwei Kinder aufwachsen, mit einem Anteil von über 50% die häufigste Familienform ist und im östlichen Teil sogar einen Anteil von knapp 58% hat, während nur gut 18% aller Kinder als Einzelkind aufwachsen. Innerhalb der Gruppe von Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind, konnten besondere Mängel bei der öffentlichen Kleinkindbetreuung nachgewiesen

werden. Auffällig ist, daß die Kinder, die in kinderreichen und einkommensschwachen Familien aufwachsen, seltener einen Platz in einer öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtung wahrnehmen als Kinder einkommenstärkerer Familien.

Als Trend bleibt also zu formulieren, daß die traditionellen Familienformen in der BRD noch immer quantitativ überwiegen, die Betreuung von Kindern innerhalb dieser Familien aber nicht mehr notwendig und selbstverständlich gewährleistet ist. Klaus Hurrelmann muß deshalb zugestimmt werden, wenn er formuliert, daß in einer großen Zahl von Familien eine zuverlässige physische, psychische und soziale Pflege der Kinder mit einem stabilen emotionalen Kontakt rein organisatorisch nicht mehr gewährleistet ist (vgl. 1993a, S. 64). Die dafür eruierten Gründe basieren auf der zunehmenden Erwerbsneigung auch von Frauen, so daß die Familie, wie sie heute gelebt wird, weniger als schon in der Vergangenheit der alleinige Ort sein kann, Kinder zu erziehen. Hierbei kommt der Schule als derjenigen staatlichen Institution, die alle Kinder im Alter zwischen sechs und mindestens sechzehn Jahren in ihrer Obhut hat, eine Schlüsselrolle zu. Trotz knapper Finanzen und Sparmaßnahmen im Bildungsbereich ist das Bildungssystem auch in Zukunft vor steigende Anforderungen gestellt, wie das geringer zur Verfügung stehende Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche in ihren Familien deutlich macht.

Literatur:

- Beck-Gernsheim, Elisabeth: Das ganz normale Chaos: Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft. In: Erziehung und Wissenschaft. 7-8/94, S. 6-10
- Bender, Stefan / Hirschenauer, Franzisca: Regionale Unterschiede in der Frauenerwerbstätigkeit – Eine Typisierung westdeutscher Arbeitsmarktreionen. In: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 3/1993, S. 294-313
- Donat von, Marcell: Soziales Pflichtjahr für alle. In: DIE ZEIT, Nr. 4, 21. Januar 1994
- Gruber, Stefan / Riede, Thomas: Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1993. In: Wirtschaft und Statistik. 7/1994, S. 518-533
- Hurrelmann, Klaus: Eine gute Schule ist der beste Beitrag zur Jugendpolitik. In: Humane Schule. 5/1993, S. 15-19
- Hurrelmann, Klaus: Familien heute – neue Herausforderungen für die Politik. In: Bertram, Hans / Fthenakis, Wassilios E. / Hurrelmann, Klaus u. a.: Familien: Lebensformen für Kinder. Weinheim/Basel, 1993a, S. 60-79
- Klemm, Klaus u. a.: Bildungsgesamtplan '90. Weinheim und München 1990
- Kürthey von, Thomas: Einzelkinder. Chancen und Gefahren im Vergleich zu Geschwisterkindern. München 1988
- Nauck, Bernhard: Regionale und sozialstrukturelle Differenzierung der Kindschaffsverhältnisse in Deutschland. In: Zeitschrift für Pädagogik. 6/1993, S. 953-970
- Nave-Herz, Rosemarie / Krüger, Dorothea: Ein-Eltern-Familien. Bielefeld 1992
- Neubauer, Erika: Alleinerziehende Mütter und Väter. Eine Analyse der Gesamtsituation. Stuttgart 1988
- Neubauer, Erika: Alleinerziehende in den zwölf Ländern der EG. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). B 7-8, 1994, S. 14-21

- Pieper, Marianne: Auf dem Weg zu neuen Familienformen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. 3/1995, S. 142-155
- Rollin, Marion: Typisch Einzelkind. Das Ende eines Vorurteils. Hamburg 1990
- Roloff, Juliane: Erwerbsbeteiligung und Familienstand von Frauen – ein deutsch-deutscher Vergleich. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1993-94, S. 105-111
- Schwarz, Karl: Kinder und Jugendliche in den Familien Alleinstehender in Deutschland im Jahr 1991. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1/1993-94, S.71-91
- Störzbach, Bernd: Deutschland nach der Vereinigung – Meinungen und Einstellungen zu Familie, Kindern und Familienpolitik in Ost und West. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 2/93-94
- Vutz, Sabine / Unzner, Ulrich: Mamas Herzblatt. Papas Liebling: Sind Einzelkinder anders? München 1991
- Wagner-Winterhager, Luise: Erziehung durch Alleinerziehende. In: Zeitschrift für Pädagogik. 5/1988, S. 641-656
- Winkel, Rainer: Das Einzelkind. Beneidenswert? Bedauernswert? In: Pädagogik. 7-8/1991, S. 15-18

Gabriele Bellenberg, geb. 1967, 1993 Erstes Staatsexamen für das Lehramt der Sekundarstufen I und II für die Fächer Deutsch und Sozialwissenschaften, seitdem wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe „Bildungsplanung/Bildungsforschung“ (Klaus Klemm) an der Universität Gesamthochschule Essen.
Anschrift: Fachbereich 2 der Universität Essen, Universitätsstraße 11, 45117 Essen